

Frankfurt, 17. Januar 2018. Nachdem das Problem zunehmender Altersarmut in den Sondierungsgesprächen von CDU/CSU und SPD weiter ignoriert wird, Dagmar Hühne spricht im Vorsorge-Newsletter Nr. 1/2018 von potemkinschen Rentenverbesserungen, ist es umso wichtiger, das Thema weiter auf der politischen Agenda zu halten. Zu dieser Überzeugung gelangten die Vertreter der Aktion Demokratische Gemeinschaft (ADG e.V.), Betriebsrentner e.V. (BRV e.V.), Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner (BRR e.V.), Rhein-Main-Bündnis, Seniorenaufstand und Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ Südniedersachsen (SSB e.V.) bei einem gemeinsamen Treffen in Frankfurt am Main. Sie vereinbarten erste gemeinsame Aktionen und beschlossen zur Bündelung der Kräfte eine engere Zusammenarbeit.



In den Gesprächen und Diskussionen der Teilnehmer nahm das Grundversagen der Sozialdemokratie nach dem durch Schröder vollzogenen Paradigmenwechsel bei der Altersversorgung (Privatisierung und Beitragsorientierung anstelle einer

lebensstandardsichernden Rente) breiten Raum ein. Wie vergleichende Untersuchungen der OECD aus 2017 zeigen, wird Deutschland ohne grundlegende Reformen, die diesen Namen tatsächlich verdienen, auch auf lange Sicht bei der Altersversorgung unter den 22 OECD-EU-Staaten mit einer Nettoersatzquote für Durchschnittsverdiener in Höhe von 50% (zum Vergleich Portugal 94,9% oder Österreich 91,8%) des Nettolohns nur einen der hinteren Plätze in der Rangfolge einnehmen. Und dies in einem so reichen Land, in dem wir nach Aussage der Bundeskanzlerin "gut und gerne Leben". Ohne Not trägt die SPD die ultrakonservative Politik des "Weiter-So-Durchwurschtelns" der Kanzlerin mit und nimmt für eine Handvoll lockender lukrativer Minister- und Staatssekretärsposten

die sich verfestigende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich billigend in Kauf. Mit einem Blick über die Grenze nach Österreich könnte Martin Schulz sehen, dass eine Politik, die die Interessen sozialdemokratischer Stammwähler nicht mehr wahrzunehmen vermag, letzten Endes in der Marginalisierung der SPD enden wird. "Warum sollte ich einer SPD, die das Wort 'Sozial' im Namen nur noch zum Schein trägt, meine Stimme geben?", werden sich bei der nächsten Bundestagswahl dann sicherlich noch viel mehr Wählerinnen und Wähler fragen?

